

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

5 (14.1.1947)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstr. 1b-5, Tel. 405/53. Erscheinungsw. 3mal wöchentl. Ausgaben I. Karlsruhe, Kie-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 10) u. für Buchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Schardt. 2. Jahrgang / Nummer 5 • Karlsruhe, Dienstag, 14. Januar 1947

Kein Frieden der Eigenmächtigkeit

Abschiedsrede Außenminister Byrnes — Gegen wirtschaftliche Isolierung — Gemeinsames Gesetz der Brüderlichkeit

Cleveland (Ohio), 13. Jan. (dena-Reuter) „Ich bin heute mehr als zu irgendeiner Zeit seit dem Siege über Japan zuversichtlich, daß wir einen gerechten Frieden durch gemeinsame Anstrengung erreichen können, wenn wir unbefristet an Recht festhalten, so wie Gott uns die Kraft gibt, das Rechte zu sehen“, erklärte James Byrnes in seiner Abschiedsrede, die er als zurücktretender Außenminister der Vereinigten Staaten am Samstag vor dem „Forum für Weltangelegenheiten“ hielt.

„Wir haben unsere Anstrengungen mit Geduld und Stärke fortgesetzt. Wir haben unsere Fähigkeiten im Krieg bewiesen und müssen sie nun im Frieden beweisen.“

Byrnes gab keine Erklärung über seinen Rücktritt oder die Ernennung General Marshall ab. Er übte nur in einem Falle indirekte Kritik an der Sowjetunion, indem er zu der sowjetischen Haltung hinsichtlich des Atomkontrollplanes Stellung nahm. „Wenn ein Staat durch einen feierlichen Vertrag einem Plan zur Kontrolle der Atomwaffe zustimmt und sich damit einverstanden erklärt, daß ein Verstoß gegen einen solchen Vertrag bestraft werden soll, dann ist es schwer für mich, zu verstehen, weshalb dieser Staat sich nicht zur Aufgabe des Vetorechts entschließen kann, für den Fall, daß er wegen Vertragsverletzungen beschuldigt wird.“

Byrnes ging dann auf die beständige Forderung der Sowjetunion, unverzüglich Besprechungen über das Gesamtproblem der Abrüstung durchzuführen ein und betonte, die Vereinigten Staaten hätten auf eine vordringliche Behandlung des Problems einer Kontrolle der Atomwaffen gedrungen, weil diese von allen Waffen die größte Zerstörungskraft haben. „Wir sind überzeugt, daß, wenn in dieser Frage ein Übereinkommen erzielt werden kann, sich auch ein Einvernehmen über die Kontrolle anderer Waffen und eine allgemeine Rüstungsbeschränkung erzielen läßt.“

Für anständige Lebensmöglichkeiten

Hinsichtlich eines internationalen Handelsprogramms, das von Seiten der Republikaner bedroht ist, erklärte Byrnes: „Wir können die Politik der politischen Isolierung nicht mit voller Ueberzeugung verlassen, wenn wir nicht

Völkern dieser Erde stützen kann. Wir müssen wissen, daß Wohlstand ebenso wie Freiheit auf der Grundlage eines freien und anständigen Austausches von Produkten der Arbeit freier Männer und Frauen aufgebaut sein muß. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, die künstlichen Handelschranken niederzureißen.“

Auf jeden großen Krieg kommt eine Periode der Ernüchterung. Diejenigen, welche zusammen kämpfen, erwarten zueinander und sind geneigt, einander zu wenig zu geben. Sie vergessen, daß der gewonnene Krieg nur eine Gelegenheit bieten kann, die sonst nicht gegeben wäre, nämlich für die Früchte des Friedens und der Freiheit zu leben und zu arbeiten.

Keine Lösung ohne USA

Cleveland (Ohio), 13. Jan. (dena-Reuter) Maurice Schumann, der Leiter der französischen republikanischen Volkspartei (MRP) erklärte am 10. ds. Mts. in einer Versammlung des „Internationalen Forums zur Erörterung von Weltangelegenheiten“, daß, wenn die USA ihre Hand von Europa abziehen würden, Großbritannien sich verpflichtet fühlen würde, eine deutsche Republik gegen die Sowjetunion zu

schaffen, während die Sowjetunion dann gezwungen sei, Deutschland gegen Großbritannien wieder aufzubauen. Auf diese Weise werde Europa zum regelrechten Schlachtfeld.

Deutschland müsse sich in das Staatenbild Europas einfügen, aber es sei falsch ein neues Europa um Deutschland herum zu bauen. Ein deutscher Bundesstaat sei nur unter der Voraussetzung wünschenswert, daß das Bündnis der einzelnen Staaten sich auf eine wirtschaftliche Einheit beschränke und die Regierungsgewalt des Bundesrates auf das Gebiet der internationalen Beziehungen begrenzt sei. Ein Staatsüberhaupt sollte es nicht geben. Amerika sei der verbindende Faktor und die Garantie für den Frieden in Europa.

Funkmeldungen: Aus aller Welt

Washington. John Lewis, der Präsident der amerikanischen Bergarbeitergewerkschaft, legte am 11. Januar gegen das Urteil, das ihn und seine Gewerkschaft der Nichtbefolgung eines Gerichtsbeschlusses schuldig gesprochen hatte, beim Obersten Bundesgerichtshof Berufung ein. (dena-INS)

Washington. Präsident Truman erklärte am 8. d. Mts. vor dem Kongreß, daß ein Versagen der USA bei der Durchführung der versprochenen Kürzung der Zolltarife „tiefegehende Wirkungen auf die gesamte Weltpolitik und die Schaffung eines dauernden Friedens zur Folge haben könnte“. Die von den USA beauftragte internationale Handelskommission nannte der Präsident „den bedeutendsten Schritt zur Wiedererlangung eines hohen Außenhandelsvolumens auf einer gesunden Grundlage“. (ap)

Rom. Der Leiter der antikommunistischen Fraktion der italienischen sozialistischen Partei, Giuseppe Saragat, erklärte am 11. d. Mts., seine Gruppe habe mit der von dem italienischen Außenminister Pietro Nenni geleiteten prokommunistischen Gruppe „vollständig gebrochen“. (ap)

Letzte Neuigkeiten

Lord Beveridge in Stuttgart

Stuttgart, 14. Jan. (dena) Der bekannte britische Sozialpolitiker Lord Beveridge hielt am Montag in Stuttgart unter Anwesenheit von Mitgliedern der württembergisch-badischen Landesregierung eine Pressekonferenz ab.

USA-Getreide eingetroffen

Bremen, 14. Jan. (dena) Aus den Vereinigten Staaten trafen rund 128 500 Tonnen Weizen und etwa 15 000 Tonnen Mehl für die US-Zone in der Zeit vom 23. Dez. 1946 bis 12. Jan. 1947 in Bremen sowie in den Unterweserbahnen Brake und Nordenham ein. Damit sei der größte Teil der im Augenblick für die US-Zone laufenden Getreide- und Mehllieferungen von insgesamt 250 000 Tonnen in Deutschland eingetroffen. Diese Getreidelieferungen stellen den Beitrag der amerikanischen Armee zum Ernährungsprogramm für Deutschland dar, das zur Verhinderung von Krankheiten und Unruhen aufgestellt wurde. Man rechnet damit, daß bis zum 20. 1. 1947 der Rest der geplanten Lieferungen in Deutschland eingetroffen sein wird.

Um den Friedensvertrag

London, 13. Jan. (ap) Am Montag kamen in London die Diplomaten der Siegermächte zusammen, um die Vorarbeiten zu einem deutschen Friedensvertrag und zur Bildung eines freien österreichischen Staates in Angriff zu nehmen. Achtzehn kleinere Staaten sind eingeladen worden, um ihre Empfehlungen zu unterbreiten.

Kleine Nationen verlangen Beteiligung

London, 13. Jan. (dena-Reuter) „Wir sehen nicht ein, warum die kleinen Nationen an der Konferenz nicht teilnehmen sollen und im Vorzimmer zu warten haben, um ihre Ansichten mitzuteilen, erklärte ein Sprecher der belgischen Botschaft in London am 11. d. Mts. Ebenso stellte ein polnischer Sprecher fest, daß Polen seine Interessen an der Friedensregelung mit Deutschland für so lebenswichtig

Wichtige Erklärungen Schumachers

Keine zentralistische Sozialisierung — Separatismus verantwortungslos — Stützung deutscher Regierung auf Reichsparlament?

München, 13. Jan. (dena) „1946 war ein Jahr voller Enttäuschungen und doch ein Jahr, das entscheidende Klärungen brachte“, sagte Dr. Kurt Schumacher in einem politischen Referat auf der nichtöffentlichen Parteiausschussitzung der SPD vom 11. d. Mts.

Für Sozialisierung

Schumacher wandte sich gegen die Auffassung, daß die Sozialisierung oder auch nur die geplante Wirtschaft das Ende der individuellen und damit der politischen Freiheit bedeute.

Zur Sozialisierung in der brit. Zone führte Schumacher aus, daß hier die prinzipielle Sozialisierung von vier Grundindustrien angekündigt worden sei, wobei die beiden Gruppen „Kohle“ und „Eisen und Stahl“ an erster Stelle stünden.

Es gelte nicht, Unternehmerrückgewinne zu erzielen, sondern die Bevölkerung zu versorgen. „Wir wollen Planwirtschaft und Sozialisierung nicht zentralistisch handhaben, sondern so viel Bewegungsfreiheit wie nur möglich nach unten legen.“ Eine solche Treuhänderschaft müsse aber das Ziel haben, die Grundindustrien dem gesamten deutschen Volke und nicht einem einzelnen Land zu erhalten und zur Verfügung zu stellen.

Gegen Kapitalismus

Der deutsche Restkapitalismus habe seine Schreckmomente überstanden und versuche nun mit allen Mitteln, die Arbeiter in die Defensive zu drängen. Diese Ansätze könnten nur durch eine vorwärtstreibende und gestaltende Politik überwunden werden.

Jetzt gehe es um die Besetzung und Kontrolle der zonalen und bizonalen Ämter. Hier gelte es, Endgültiges zu schaffen, da hier die politische Sicherheit gegen das Zerbrechen der Demokratie ruhe für eine Zeit, in der die Siegermächte einmal nicht mehr im Lande sein würden.

SPD und Nationalismus

„Die deutsche Sozialdemokratie nimmt die tatsächliche Vorwegnahme möglicher Beschlüsse einer Friedenskonferenz nicht als endgültig an. Das gilt für die Grenzen im Osten ebenso wie für die Grenzen im Westen. Mit allen Mitteln aber haben wir dem leicht entflammaren deutschen Nationalismus entgegenzutreten, der eine ruhige, sachliche Untersuchung und damit eine Verständigung über Ernährungs- und nationalpolitische Notwendigkeiten unmöglich macht. Wir wissen, daß Deutschland in Europa keine Mission, sondern nur eine Funktion hat. Aber diese Funktion ist notwendig, denn man kann Europa nicht mit einer leeren Stelle in der Mitte formen, noch ein großes Volk ohne Konsequenzen zerstückeln und zerreißen. Eine Geschichte, die aus den Teilungen Polens in der Periode des Absolutismus in eine Teilung

Deutschlands im Zeitalter der Demokratie kommt, hat ihren Sinn verloren.“

Separatismus und Partikularismus

„Der Separatismus ist die Aueberung der Verantwortungslosigkeit und Minderwertigkeit. Nicht die Summierung der Länderwille, sondern der Wille des deutschen Gesamtvolkes ist für uns bestimmend.“

Wir sind politisch und wirtschaftlich willens, nicht beim Nationalstaat stehen zu bleiben. Aber die von uns gewollte Internationalisierung auf allen Gebieten kann nicht auf deutschem Verzicht gegenüber anderen nationalstaatlichen und nationalwirtschaftlichen Ansprüchen bestehen. Alle müssen unter gleichen Voraussetzungen das im Prinzip gleiche einbringen, wenn die für Europa so absolut notwendige Internationalisierung entstehen soll, ohne die unser Kontinent keine erträgliche Zukunft haben dürfte.“ Bezugnehmend auf die Nichtzulassung der SPD in der Ostzone erklärte Dr. Schumacher: „Praktisch atmet die Sozialdem. Partei nur auf einem Lungenfüßel. Der Osten Deutschlands, der uns das unzerstörbare Primat geben würde, ist uns verschlossen. Die staatsbürgerliche Gleichheit aller Bewohner aller Zonen ist die Voraussetzung eines geeinten Deutschlands.“

Die SPD wolle keine Politik des blinden Hasses und der blinden Liebe. „Wir werden uns allerdings nicht scheuen, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Wir gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß der wahre Patriotismus in Europa heute der Patriotismus des Weltbürgertums ist.“

Zur Einheit über die Länder

Schumacher vertrat die Ansicht, daß sich eine zukünftige deutsche Zentralregierung auf ein Reichsparlament stützen müsse.

Auf die Frage eines Pressevertreters, hinsichtlich der SPD im Saargebiet, die einen Anschluß an Frankreich befürworte, antwortete Schumacher: „Bei allen Fragen der Grenzziehung werden wir solche Lösungen, die die Festsetzung von Friedensverträgen vorwegnehmen wollen, bekämpfen.“

Schumacher wurde dann zur Haltung des bayerischen Teils der SPD bezüglich eines föderativen Staatsaufbaues befragt: „Es besteht kein Unterschied zwischen der Auffassung der bayerischen SPD und der des Parteivorstandes“, erwiderte Schumacher. „Unsere Auffassung ist: In Deutschland führt der Weg zur Einheit über die Länder. Der Wille einer deutschen Zentralregierung kann aber nicht aus der Addition der Länderregierungen, sondern nur aus dem Willen eines deutschen Volkes abgeleitet werden.“

Entschleunigungen der SPD

München, 13. Jan. (dena) „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erklärt, daß sie auf die Gefahren gerade bezüglich des Kohlen- und Stromexports rechtzeitig öffentlich mit Nachdruck hingewiesen hat“, so heißt es in einer

Resolution, die in der Versammlung des Parteivorstandes der SPD, vom 10. bis 12. Januar in München gefaßt wurde.

Die SPD bekämpfte sich zu ihrer Kölner Resolution vom 26. September 1946, die eindeutig die letzten Möglichkeiten positiver sozialdemokratischer Politik umreißt.

„Der Sozialismus ist die große Aufgabe, die heute schon aktuell ist und von deren Verwirklichung die Zukunft der arbeitenden Massen abhängt“, heißt es in der Entscheidung, die fortführt: „Die bisher auf deutschem Boden angewandten Methoden und die aus dem Kapitalismus resultierenden Zustände bringen das deutsche Volk und damit Europa in eine Gefahr auf Leben und Tod. Innen gilt der Kampf der Sozialdemokratie.“

Die Rücksicht auf die Tatsache, daß die Ergebnisse des Zweizonen-Abkommens noch nicht übersehbar sind, und daß die für das Schicksal Deutschlands und den Frieden Europas entscheidenden internationalen Verhandlungen vor der Tür stehen, hat die Sozialdemokratische Partei davon ab, zentral für alle deutschen Länder die letzten Konsequenzen aus der verhängnisvollen Situation zu ziehen.“

In einer anderen Entscheidung heißt es: „In der Pfalz fordert eine „Pfälzische Volksbewegung“ unter Berufung auf die „Atlantik-Charta“ die Bewohner dieses Gebietes auf, für die endgültige Lösung von Preußen-Deutschland einzutreten. Dazu stellen wir fest, daß auf Grund offizieller französischer Erklärungen separatistische Bestrebungen in der französischen Zone abgelehnt werden. Die SPD sieht aber in dem Versuch, eine neue separatistische Bewegung zu bilden, eine ernsthafte Bedrohung der Anbahnung normaler Beziehungen zwischen dem demokratischen Deutschland und Frankreich. Aus grundsätzlichen Erwägungen und von der Erkenntnis ausgehend, daß separatistische Lösungen der europäischen Probleme Frankreich und Deutschland einer einheitlichen notwendigen Verständigung nicht näher bringen, sagt die SPD den unverantwortlichen Friedensstörern den schärfsten Kampf an.“

Vorstand und Parteiausschuß der SPD stellen fest, heißt es in einer weiteren Entscheidung, daß es in Krafttreten des amerikanisch-britischen Zweizonen-Abkommens einen wesentlichen Fortschritt im Sinne der Ueberwindung der durch die Zonengrenzen bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands darstellt.

Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Zonen, insbesondere auf dem Gebiet der Ernährung und Brennstoffversorgung, müssen nach Auffassung der Partei dadurch erleichtert werden, daß auch die anderen Zonen in dieses Abkommen einbezogen werden.

In einer Resolution zur Lage im deutschen Pressewesen heißt es: „Die SPD ist in allen Zonen im Presse- und Buchwesen gegenüber anderen Parteien zum Teil aus stärkster Benachteiligung. Um die politische Willensbildung zu fördern, ist die Zulassung von Parteizeitungen in der amerikanischen Zone erforderlich.“

KURZ BELEUCHTET

Heute, am 14. Januar, treffen sich in London die Stellvertreter der Außenminister der vier Großmächte, USA, Großbritannien, Rußland und Frankreich. Zwei große Fragenkomplexe stehen zur Debatte: Deutschland und Oesterreich. Bei dieser Konferenz werden vor allem die Vertreter von Deutschlands Nachbarstaaten bzw. der Staaten, die gegen Deutschland gekämpft haben, zu Wort kommen und ihre Ansprüche vorbringen. Diese Ansprüche erstrecken sich hauptsächlich auf Wiedergutmachungszahlungen und kleinere Gebietsabtretungen, die von Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, Polen, der Tschechoslowakei und Dänemark gefordert werden. Damit wird gleichzeitig die Moskauer Friedenskonferenz am 10. März vorbereitet. Deutschland wird aller Wahrscheinlichkeit nach trotz der dringend erhobenen Forderungen auf diesen Konferenzen nicht vertreten sein. Es gibt keine deutsche Regierung, die für Deutschland sprechen könnte. Aber die Erkenntnis, daß Deutschland als Einheit inmitten Europas eine lebenswichtige Aufgabe zu erfüllen hat, ja, daß Europa ohne dieses einheitliche Deutschland ein kranker Kontinent ist, findet in politischen Kreisen des Auslands immer mehr Anklang. Die Welt kommt zu der Ansicht, daß, wie der Vorsitzende der SPD, Schumacher, es formuliert hat, „man Europa nicht mit einer leeren Stelle in der Mitte formen, noch ein großes Volk ohne Konsequenzen zerstückeln kann.“ Auf der gleichen Linie liegen die Erklärungen, die der frühere Außenminister Byrnes, Senator Vandenberg, der frühere Staatssekretär Sumner Welles und der Vorsitzende der Französischen Republikanischen Volksbewegung, Maurice Schumann, abgegeben haben. Das läßt uns die Zukunft in günstigerem Licht erscheinen. H. B.

Zur Beachtung!

Die Reduktion der Papierzuweisungen zwingt uns zu Einschränkungen. Um keine Abonnentenstreichungen vornehmen zu müssen, haben wir uns entschlossen, die Seitenzahl zu kürzen. Unsere Erscheinungsweise — Dienstag, Donnerstag, Samstag — bleibt bestehen, nur mit dem Unterschied, daß alle 14 Tage Donnerstag der Umfang auf zwei Seiten beschränkt wird. Gleichzeitig bitten wir um Kenntnisnahme, daß unsere Schalterstunden auf Grund der Strom einschränkung auf 9 bis 18 Uhr festgesetzt wurden.

Die Verlagsleitung



Andrei A. Gromyko, der Vertreter Rußlands bei den Vereinten Nationen, jetzt stellv. Außenminister, mit seiner Familie. (dena-Bild)

Die Straße zum Ziel

Von Walter Schwerdtfeger

Knappheit an Lebensmitteln, an Brennstoffen, Strom- und Gassperresenden, Mangel an Gütern und lebensnotwendigen Dingen —, Mangel an Materialien und Produktionsstätten —, Mangel überall. Verzehr der vorhandenen Substanz an Grundstoffen, Verzehr der lebendigen Substanz beim Einzelnen. Die Löhne und Gehälter unzureichend im Verhältnis zu den Preisen, für viele die Einkommen zu gering, um selbst nur die knappen Rationen kaufen, die Mieten zahlen und die unvermeidlichen Beschaffungen decken zu können. Daraus resultierend eine, zu nicht geringem Teil körperlich bedingte Müdigkeit, eine bei nicht wenigen fast an Hoffnungslosigkeit grenzende Resignation. „Wie soll es denn anders, wie soll es denn besser werden?“ fragen sie, eifer scheinbaren Ausweglosigkeit gegenüber. Die Industrie großteils zerstört, vieles, was wir brauchten, demontiert. Rohstoffe fehlen, sie zu kaufen ist unmöglich, denn es erfordert Devisen, die wir aber bedürfen der Rohstoffe zu uns fehlen und die wir mit Reichsmark nicht kaufen können. ... wir drehen uns also im Kreise, ohne von der Stelle zu kommen. Ein Friedensvertrag fehlt nach wie vor, nicht einmal die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wurde verwirklicht. Was also soll werden? Schließlich, so argumentiert man, können wir uns nicht, wie Münchhausen, am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen.

Wie alle Vergleiche, hinkt auch dieser. Denn: wir stecken nicht in einem Sumpf, sondern stehen auf Boden, der allerdings — leider! — nicht frei von sumpfigen Stellen und der trümmerräusert ist. Es liegt in unserer Macht, das Sumpfige zu beseitigen, aus den Trümmern das Brauchbare zu bergen und zum Aufbau zu verwenden. Das Fehlende aber zu beschaffen, ist ohne Hilfe nicht möglich, dazu bedürfen wir der Unterstützung des Auslandes in zweierlei Hinsicht. Erstens brauchen wir zumindest die wirtschaftliche Einheit, um alle uns gebeliebenen Quellen erschließen, ihre Wasser planmäßig lenken zu können. Zweitens, brauchen wir die Erschließung ausländischer Quellen, damit uns aus ihnen zufließt, was wir nicht haben, aber bekommen müssen, wenn wir zu der wirtschaftlichen Gesundung gelangen sollen, ohne die eine politische nicht möglich ist.

Die Voraussetzungen zur politischen Einheit sind in den Verfassungen, den deutschen Regierungsgesetzen, den Parteien und Gewerkschaften, in der Denazifizierungsgesetzgebung usw. gegeben. Von den wirtschaftlichen Voraussetzungen läßt sich das nur sehr bedingt sagen. Betrachten wir der Reihenfolge nach: Wir haben wirtschaftlich in Gang gebracht, was in Gang zu bringen war, d. h. soweit es das Vorhandene an Produktionsstätten und Materialien gestattet. Diese Materialien aber sind weitgehend erschöpft. Die Neuproduktion ist zu gering, Ersatz zu geben, die Schwierigkeiten des Zonenverkehrs spielen hierbei mit, Beständen die Zonengrenzen nicht hätte sich manches aufbringen lassen. Eine gesündere Planung und Verteilung wäre möglich. Aber man stände dann wohl einer gewissen Minderung der Schwierigkeiten, nicht ihrer Beseitigung gegenüber. Genügend Rohstoffe ließen sich auch dann nicht aufbringen, wir kommen um die Notwendigkeit ausländischer Rohstoffeinfuhr nicht herum. Sie nur werden uns in die Lage versetzen, eine exportfähige Wirtschaft aufzubauen. Wir brauchen also Kredite. Wer Kredit gibt, hat das Recht, Sicherungen zu verlangen. Von der monetären Seite her können diese Sicherungen nicht gegeben werden. Hier zeigt sich die Notwendigkeit einer Währungsreform. Sie kann aber erst dann durchgeführt werden, wenn sie nicht die Gelder nimmt, die vorerst gebraucht werden, den zur Zeit ohnehin äußerst schwerfälligen Wirtschaftsprozess einigermaßen in Gang zu halten. Wir können keine durch Währungsmaßnahmen verursachte Krise riskieren, die Betriebschließungen und damit Arbeitslosigkeit im Gefolge hätte. Wir können sie uns zu einem Zeitpunkt umso weniger leisten, zu dem eine übermäßige Steuerbelastung praktisch keine Kapitalneubildung gestattet und die Initiative schwer hemmt. Erst wenn diese Steuerlast auf ein erträgliches Maß zurückgeführt worden und eine Basis für eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands geschaffen ist, kann man eine Währungsreform, die nicht vernichten, sondern stabilisieren muß, durchführen. Geldliche Sicherheit vermögen wir dem Ausland also nicht zu geben, sondern nur die Aussicht auf die Produktionseite her.

Das Ideal, den Friedensvertrag, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands und so eine Stabilität zu haben, die uns umfassende Planung gestattet, die wiederum dem Ausland eine sichere Größe Deutschlands gäbe, ist noch nicht zu erreichen. Wir können auch nicht so lange warten, denn die Not brent uns auf den Nägeln. So bleibt nur das schrittweise Vorgehen. Es ist uns dafür seit kurzem etwas mehr Spielraum gegeben, insofern, als Dispositionen über wenigstens zwei Zonen ermöglicht worden sind. Man hat Energie, das wir ohne ein Mehr an Kohle, Energie, Rohisen und Rohstahl nicht vorwärts kommen können. Die Kreditbereitschaft ist größer, als gemeinhin geglaubt wird. Richtig, Kredite nehmen heißt: sich verschulden. Man muß die Kredite produktiv machen, um sie später abtragen zu können. Das ist die Frage der Kreditbedingungen. Wir können die Kredite nicht entbehren, so haben wir auf Zins und Rückzahlungstermin zu achten, die den Kredit tragbar und fruchtbar machen.

Aber das Ausland muß diese Kredite von der deutschen Produktion her gesichert sehen. Eine Sicherheit wird es sich selber schaffen, indem es diese Kredite nur für festmüriswerte Zwecke, für Exportindustrien gibt. Aber auch Exportindustrien sind nicht sicher, wenn das Wirtschaftsganze unsicher ist. Die Garantie von dieser Seite her müssen wir erbringen. Daran fehlt es noch (nicht allein durch unsere Schuld). Eine Wirtschaftseinheit Deutschland könnte solche Gewähr besser geben als ein Zonenalltag. Aber vorerst haben wir nur diese, können also zur Zeit nur von ihr ausgehen. Doch selbst in diesem engeren Rahmen ist noch nicht genug geschehen. Wir müssen wieder aufbauen, aber es geschieht zu sehr im wörtlichen Sinne. Es soll nicht alles, nein, es darf nicht alles wieder aufgebaut werden, was war, es muß wieder neu aufgebaut werden, nach einer aus unseren Lebensnotwendigkeiten entworfenen Planung. Um zu veranschaulichen, was gemeint ist: Wir dürfen nicht solche Industrien wieder aufbauen, für die wir keinen oder nur geringen Exportabsatz zu erwarten haben. Wir müssen die Industrien neu aufbauen, vergrößern und verstärken, die des Exports gewiß sind. Welche Industrien in Frage kommen, wird durch die Exportausstellungen illustriert: Optik, Feinmechanik, Keramik, um nur ein paar Bei-

spiele zu nennen. Es gilt ein Studium der Absatzmöglichkeiten. Nach dessen Resultaten muß geplant werden. Hier haben wir einen der wenigen Vorteile für uns, den nämlich, einen Neuaufbau errichten zu können. Die als Exportträger ermittelten Industrien müssen forciert, die übrigen dem Inlandsbedarf angepaßt werden. Die Industrien schließlich, deren Erzeugnisse wir billiger aus dem Ausland beziehen können, müssen (soweit möglich), umgestellt, geht das nicht an, beseitigt werden. Solche Planung ist unerlässlich, sie schafft die Grundlage einer lebensfähigen deutschen Wirtschaft, sie gibt die Vertrauensgarantie für das Ganze, die das Ausland auf einer Bauernkundgebung.

Schleswig, 13. Jan. (dena-DPD) Deutschland kann nur leben, wenn es im wesentlichen zu seiner früheren politischen und wirtschaftlichen Einheit zurückkehrt, erklärte der Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, Minister Dr. Schlange-Schöninggen am 11. Januar auf einer Bauernkundgebung.

Zum Aufbau einer intensivierten deutschen Landwirtschaft sagte Schlange-Schöninggen, daß eine solche Intensivierung erst bei einem Aufblühen der deutschen Industrie und bei einer ausreichenden Futtermittel-Einfuhr in der Produktion möglich sei. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem ländlichen Erzeuger und dem städtischen Verbraucher bezeichnete er als besonders wichtig.

Für Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse Berlin, 13. Jan. (dena-DPD) Die Aufspaltung Deutschlands in verschiedene Zonen kann nicht auf die Dauer bestehen bleiben, ohne daß Deutschland wirtschaftlich ruiniert wird, erklärte Oberst Frank E. Howley, der Chef der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, am 13. Januar in einer Pressekonferenz in Berlin.

Die amerikanische Politik zielt darauf hin, ein einheitliches Deutschland in Übereinstimmung mit den Potsdamer Abmachungen zu schaffen. Welche Form dieses Deutschland annehmen werde, jedoch eine Frage, die später selbst werden müsse.

„Wenn Sie 1947 für Deutschland etwas erbitten wollen, dann beten Sie, daß die Potsdamer Beschlüsse voll in Kraft treten.“ Bei Inkrafttreten dieser Potsdamer Beschlüsse würden nicht nur die Zonengrenzen fallen, sondern auch die Sektorengrenzen in Berlin. Die Beseitigung der Zonenschranken würde sich ebenso zu Gunsten der Stadt Berlin auswirken wie zu Gunsten ganz Deutschlands.

Schon der wirtschaftliche Zusammenschluß der brit. und amerik. Zone habe günstige Auswirkungen auf die Wirtschaftslage in Deutschland gehabt. Es sei daher zu wünschen, daß sich die franz. und die sowjet. Besatzungsmacht sich dieser wirtschaftlichen Vereinigung bald anschließen mögen.

Erweiterte Zonenverschmelzung? Washington, 13. Jan. (dena-Reuters) Die Sowjetunion werde sich der amerikanisch-britischen wirtschaftlichen Zonenverschmelzung anschließen, falls ihr die Entnahme einer bestimmten Menge Reparationsgüter aus der laufenden Produktion der beiden Zonen zugestanden werde, glaubt General William H. Draper, Leiter der Wirtschaftsabteilung der US-Militärregierung in Deutschland, feststellen zu können.

Draper gab weiterhin der Meinung Ausdruck, falls die Sowjetunion bereit sei, der wirtschaftlichen Vereinigung beizutreten, werde Frankreich bald folgen.

Bei dieser Gelegenheit teilte General Draper noch mit, daß Großbritannien jährlich zwischen 30 und 40 000 t Wolle als Beitrag zum industriellen Wiederaufbauprogramm nach Deutschland liefern werde. Dem entspreche eine Lieferung von 70 bis 80 000 t Baumwolle, die von den USA nach Deutschland geliefert werde.

Die Verordnung über Auflösung der deutschen Kartelle in der britischen und US-Zone sei z. Zt. Gegenstand von Verhandlungen.

Interessant in Kürze

Stromausfuhr eingeschränkt. Die Ausfuhr von elektrischem Strom aus der britischen Zone Deutschlands nach Belgien, Holland und teilweise nach den französischen Besatzungszonen ist ab dem Donnerstag anfanglich von britischer Seite mitgeteilt worden, ist jedoch eingeschränkt worden, so funkt dena aus Hamburg. Der Grund für diese Maßnahme liegt in dem erheblichen Rückgang der Erzeugung, der auf den starken Frost zurückzuführen ist.

Hilfsmission der evangel. Kirche für Deutschland. Der Bischof von London, Dr. Wand, hat im Anschluß an arbeitslosen, kirchlichen Deutschland die Entsendung einer kirchlichen Hilfsmission nach Deutschland vorgeschlagen, wie dena meldet. Das deutsche Volk mache, wie der Bischof erklärt, einen äußerst harten Winter durch, die evangelische Kirche entsende dadurch eine große Aufgabe, die den deutschen Kirchen nicht voll gerecht würden, da zu verstehen ist, daß die Kirche sich bemühen um sich zu sammeln, jedoch nicht genügend Anteil am Alltagsleben nähmen.

Eine englische Einladung. Redakteur Dr. Six aus Düsseldorf der Vertreter der „Young Union“, ist von der britischen Kontrollkommission in Rahmen einer Gesamteinladung an alle politischen Parteien zu einem Aufenthalt nach Großbritannien eingeladen worden.

Stettiner Anschriften beim „Suchdienst“. Die Schriften sämtlicher „poch in Stettin und Umgebung anwesigen Deutschen sind im Besitz des „Suchdienstes“ für vermißte Deutsche in der sowjetischen Besatz-

zonen und dem beiden Besatzungsmächten und werde voraussichtlich in Kürze verkündet werden. Ferner habe Großbritannien zugesagt, über alle eventuellen Pläne zur Verstaatlichung von Industrieunternehmen in der britischen Zone zuvor mit den US-Stellen Führung zu nehmen.

Wirtschaftskonferenz in Minden

Stuttgart, 13. Jan. (Eig. Bericht) Auf Einladung Generals Clays werden der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier-Haule, der Minister für Wirtschaft Minister Hermann Veit und Arbeitsminister Rudolf Kohl an der internationalen Wirtschaftskonferenz am 23. Januar in Minden i. W. teilnehmen.

Gesamtplan für Deutschland notwendig

Cleveland (Ohio), 13. Jan. (dena-Reuters) Senator Arthur Vandenberg, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, erklärte am 11. ds. Mts. vor dem Forum für Weltangelegenheiten, daß die USA in ihrer Wirtschaftspolitik in eine „defensive Haltung“ gegenüber den Monopolen anderer Staaten gezwungen werden könnten. Die USA werden sich auch künftig in der einen oder anderen Form an die zwischenstaatlichen Handelsabkommen zur Reduzierung der Zollschranken halten.

Zur Außenpolitik sagte Vandenberg, ein Gesamtplan für Deutschland sei notwendig, der alle möglichen Vorkahrungen gegen ein Wiederkommen des Hitlerismus berücksichtige, aber gleichzeitig den neuen deutschen Ländern andere Möglichkeiten als eine ewige Degradierung geboten solle.

Kohlenlage äußerst schwierig

Frankfurt, 13. Jan. (dena) Die Kohlenlage in Deutschland sei durch eine kaum mehr tragbare Mangelwirtschaft gekennzeichnet, erklärte am 11. ds. Mts. der Leiter des Zweizonen-Wirtschaftsrates, Minister Dr. Rudolph Müller, in einer Pressekonferenz vor deutschen und ausländischen Pressevertretern.

Nachdem die Verantwortung für die Kohle in deutsche Hände übergegangen sei, sei es zwecklos festzustellen, daß man vor neun Monaten vorsichtiger hätte mit der Kohle umgehen müssen. Bisher habe man von Vorräten gelebt, die jetzt verbraucht seien, und trotz der Mehrproduktion fehle Kohle mehr denn je.

US-Geschäftsleute reisen nach Deutschland

Frankfurt, 13. Jan. (dena) 225 amerikanische Geschäftsleute, Wissenschaftler und Techniker dürften nach einer neuen Verfügung des amerikanischen Kriegsministeriums monatlich in die US-Zone Deutschlands einreisen.

Aufschneiderei von Kabus

Stuttgart, 13. Jan. (Eig.-Bericht) Am Nachmittag des 5. Verhandlungstages gegen die Stuttgarter Bombenattentäter wandte sich die Verteidigung dagegen, daß überhaupt der Tatbestand der Verschöpfung angenommen werde; es ginge nicht an, die Angeklagten einen „schweren“ Tatbestand, die in den heranzuziehenden Verhandlung des Alliierten Kontrollrats nicht als strafbare Handlung besonders aufgeführt sei.

Überaus aufschneidend erschien auch die Vernehmung des 20jährigen Baupraktikanten Karl Heinz Freytag, eines früheren Mitglieds der Waffen-SS, den Kabus ohne Erfolg in den Kreis seiner gefährlichen Ideen zu ziehen versucht hatte. Indem der Zeuge dauernd erklärte: „Ich möchte auf diese Frage nicht antworten“, oder „Ich kann mich nicht erinnern“, erweckte er den Eindruck, als seien die ehemaligen SS-Leute immer noch und auch dann Komplizen, wenn sie einmal nicht unter derselben Decke stecken. Kabus hatte ihm erzählt, daß er Hitlers Testament besitze.

Hanns Kurt Wagner war gerne Soldat gewesen und fiel auf den angehenden hohen SS-Rang nebst Ritterkreuz von Kabus herein und „machte mit, weil es ihm Spaß machte, daß es knallte“.

Der Angeklagte Friedrich Engelhardt, sagte am 6. Verhandlungstag, Kabus habe ihn getäuscht. Er habe nichts von einer Terrororganisation gewußt, auch sei ihm nichts von Waffenbesitz und Bombenlegen bekannt gewesen.

Am Nachmittag wurde der 23jährige Angeklagte und ehemalige SS-Leutnant Christian Klumpp aus Stuttgart-Vaihingen vernommen, der mit Kabus gemeinsam das Attentat gegen das Spruchkammergebäude in Eßlingen durchgeführt hat, erklärte, daß er als ehemaliger SS-Angehöriger nach dem Kriege freilich war und keinerlei Rechte mehr besaß. Im übrigen belastet Christian Klumpp den Kabus durch seine Aussagen, indem er ihn für alles Geschehene voll verantwortlich macht und die Dinge so darstellt, als sei er den Suren des Hauptangeklagten nur gefolgt, um ihn von seinem Tun abzubringen und seine beiden von Kabus verführten Brüder zu entlasten. Von der geplanten Kammaktion ist Christian Klumpp folgendes bekannt: Kabus bestellte ihn vor der Stuttgarter Hauptbahnhof, weichte ihn dort in den Plan ein, den Minister festzunehmen und vor ein Feldgericht zu stellen. Nach SS-Verordnung seien zur Vollstreckung eines solchen Urteils aber zwei Offiziere notwendig, einer davon sollte er sein. Klumpp hielt diesen Plan für irrsinnig, begleitete Kabus jedoch nach Schorndorf, wo sich beide das Haus des Ministers ansahen und das Attentat vorbereiteten, das am 17. November ausgeführt werden sollte.

Im März 1946 habe ihm Kabus ein Testament Hitlers in Abschrift gezeigt, in dem Hitler feststellte, er werde, nachdem der Kampf mit den Waffen endgültig verloren sei, mit wenigen seiner Getreuen in ein fremdes Land gehen. Die Wehrmacht solle jedoch den Kampf solange wie möglich fortsetzen. Nach Klumpps Meinung ist dieses Testament, das eingangs

in der hitlerischen Phrasologie gehalten war, eine geschickte Fälschung.

Verhaftungen in Nürnberg

Nürnberg, 13. Jan. (ap) Im Zusammenhang mit dem kürzlichen Bombenschlag gegen eine Nürnberger Spruchkammer, wurden zwei Personen verhaftet. Einer der Verhafteten erklärte seine Bereitwilligkeit, die Namen einer „Gruppe von Personen“ bekanntzugeben, die, wie er erklärte, ihn dazu überredet hätten, an Bombenschlägen gegen verschiedene öffentliche Gebäude im Gebiet von Nürnberg teilzunehmen. Einer der Verdächtigten wurde in Regensburg verhaftet und unter schwerer Bewachung nach Nürnberg gebracht, in der Wohnung des anderen wurde die vollständige Uniform eines SS-Hauptsturmführers sowie andere Parteiformale gefunden.

Bliebt Kamm in Stuttgart?

Stuttgart, 13. Jan. (Eig. Bericht) Am 9. Jan. fand in Stuttgart eine Sitzung des württembergisch-badischen Kabinetts statt, in der auch die Rücktrittsfrage der Minister in Betracht befriedigt. Gotlib Kamm besprochen wurde. Beamtete des Staatsministeriums nahmen an, daß dessen Rücktrittsgesuch nicht angenommen werden wird und er selbst in seinem Amte bleiben will, da von amerikanischer Seite wahrscheinlich seinem Vorschlag nachgegeben werden wird, die Militärregierungsverfügung außer Kraft zu setzen, nach der die Entnazifizierungsentscheide in die Kennkarte eingetragen werden sollen.

Gewerkschaftliches

Ursach für landwirtschaftliche Arbeiter

Da die Inkraftsetzung eines Tarifvertrages für die Arbeiter in privatwirtschaftlichen Betrieben der Landwirtschaft eine unerwünschte Verzögerung erzielt wurde, wird ein Einverständnis zwischen der Landwirtschaft und dem Gewerkschaftsbund im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsamt den Urlaub für das Jahr 1947 wie folgt geschätzt:

Nach mindestens 6 monatlicher Tätigkeit im Betriebe: im 1. und 2. Dienstjahr 6 Arbeitstage; im 3. Dienstjahr 8 Arbeitstage; im 4. und 5. Dienstjahr 10 Arbeitstage; im 6. Dienstjahr 12 Arbeitstage; ab dem 9. Dienstjahr 14 Arbeitstage. Jugendliche Arbeiter erhalten den Urlaub gemäß den Vorschriften des Jugendurlaubgesetzes zu über 16 Jahren 15 Arbeitstage, von 16 bis 18 Jahren 12 Arbeitstage. Die in den Urlaub fallenden freien Sonntage gelten nicht als Urlaubstage. Der Urlaub ist unbedingbar und möglichst in einer Anzahl von Tagen zu gewähren. Ueber die zeitliche Einteilung des Urlaubs empfiehlt sich die Aufstellung eines Jahresurlaubsplanes im Einvernehmen mit dem Betriebsrat.

FDGB zur Entnazifizierung bei der Eisenbahn

Berlin, 13. Jan. (dena) „In den Dienststellen der Eisenbahn in der amerik. und brit. Zone wimmelt es noch von Nazis“, heißt es in einer am 12. Januar vom FDGB herausgegebenen Mitteilung. Unter den etwa 500 000 Eisenbahnern in diesen Gebieten herrsche über eine große Anzahl von Nazipartnern, die in der Mitteilung wird ein von dem Landesvorsitzenden der Eisenbahn-Gewerkschaft Hessen, Herrn. Salomon, am 21. Dezember 1946 in der „Stimme der Eisenbahn“ veröffentlichtes Schreiben zitiert, das auf die zu den Zuständen Stellung nimmt und im Namen der Eisenbahner schnelle und durchgreifende Maßnahmen verlangt. Die Eisenbahn-Gewerkschaften in der amerikanischen und britischen Zone seien nicht nur die Mithilfe bei der Entnazifizierung 1946 bis 1948 anzusehen sein.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 13. Jan. (dena)

Generel Franz 12. 03, Grotke Erich 8. 7. 27, Gantzen Fritz 12. 03, Hackel Georg 12. 9. 26, Hackel Karl 14. 11. 06, Hackel Konrad 10. 3. 26, Hackel Michael 2. 12. 10, Iselt August 15. 5. 01, Iselt Heinrich 3. 4. 19, Iselt Karl 27. 7. 19, Iselt Josef 15. 9. 28, Mahnik Jahnke Artur 3. 12. 89, Jahnke Berthold 29. 7. 13, Jahnke Emil 8. 3. 01, Kaiser Fritz 4. 5. 22, Kaiser Herbert 27. 7. 19, Kaiser Josef 15. 9. 28, Kaiser Hans 22. 8. 13, Lamparski Alex 29. 10. 06, Lampe Kurt 22. 3. 10, Lampersberger Adolf 10. 9. 21, Lamping Heinrich 28. 8. 17, Mahner Arnold 5. 2. 26, Mahner Heinrich 18. 04. 04, Mahner Josef 15. 9. 28, Mahnik Karl 21. 4. 24, Naumann Helmut 24. 8. 27, Naumann Max 12. 6. 05, Naumann Rudolf 26. 12. 14, Naumann Herbert 27. 7. 19, Nitzsch Otto 15. 9. 28, Nitzsch Otto 15. 9. 28, Oke Wilhelm 14. 3. 16, Okers Heinrich 1. 10. 06, Pape Heinrich 29. 1. 19, Zape Kurt 28. 3. 03, Pape Wilhelm 15. 1. 05.

(Fortsetzung in nächster Nummer)

Demokratie geschichtlich beleuchtet

Von Dr. Günther Haseliger

Der enge Zusammenhang, der in der Geschichte zwischen dem wirklichen Wohlstand eines Volkes und seinem Anschein in der Welt sich zeigt, ist der Ausdrucksform der Demokratie, die in der Geschichte der Zusammenhänge ist ein innerlich gegründeter, insofern nämlich beiden Erscheinungen als gemeinsame Wurzel zu Grunde liegt die Leistung.

Wir alle kennen den Begriff des kulturell höchstehenden Volkes. Das kleine Griechenland des Altertums erscheint noch heute als der Idealfall eines solchen. Bevölkerungszahl und Gebietsausdehnung seines Staates spielen bei der Bewertung des kulturellen Wohlstandes eines Volkes keine Rolle. Dafür ist Griechenland sowohl ein Beweis wie das Riesenreich Dschingis-Khans, das nicht einmal einen kleinen Teil des moralischen Ansehens erworben hat, das dem Griechenvolk zugefallen ist. Auch das deutsche Volk hat in seiner langen Geschichte große kulturelle Qualitäten geoffenbart. Namen wie Gutenberg, Luther, Kopernikus haben Weltgeltung. Die deutsche Malerei des 16. Jahrhunderts, Dürer, Schongauer, Grünewald, Holbein, Cranach, die Bildhauer Riemenschneider und Veit Stof haben mit Werken von Ewigkeitswert das Ansehen des deutschen Namens gewaltsam gestärkt. Die deutschen Komponisten seit Bach, Händel und Gluck haben dafür gesorgt, daß man nirgendwo auf der Welt von den Werten der Musik sprechen kann, ohne das deutsche Beitrage zu ihnen zu gedenken. Und schließlich sind die Heroen der Literatur aus den Tagen von Weimar ebenso wenig ohne Nachfahren geblieben, wie der große Denker von Königsberg, Kant, uns nicht ohne gedankliche Erbtöchter verlassen hat.

Die Geschichte notiert aber nicht nur die Leistungen eines Volkes sondern auch seine Fehlleistungen. Und auch die Leistungen eines Volkes sind nicht nur in der Herporenleistung und der Verwirklichung des Gedankens des Sacrum Imperium Romanum Nationis Germanicae, des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, sich verbraucht. Denn die Feststellung von dem politischen Versagen des deutschen Volkes

in der Neuzeit ist keine Feststellung der Jahre 1945 und 1946 sondern eine alte Feststellung. Die nationalen, in Wahrheit jedoch preußischen Historiker Treitschke und Sybel und ihre Schüler haben sie schon vor über hundert Jahren beklagt. Sie beklagten, daß das deutsche Volk noch lange Jahrzehnte in blutigen Glaubenskriegen sich zerfleischte, als die anderen Völker längst schon zur nationalen Einheit gefunden hatten. In Deutschland habe das mittelalterliche Schauspiel der Kämpfe von Adelsfraktionen (Hohenzollern-Habsburger-Wittelsbacher usw.) bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein gedauert, während die anderen europäischen Völker die Adelsfraktionen schon im 16. Jahrhundert dem souveränen Willen des Staates unterworfen haben. Deutschland, das so unvermögend war, zu seiner innerpolitischen Einheit zu finden, vermochte darum auch nicht seine ihm zufallenden außenpolitischen, will sagen europäischen, Aufgaben zu erfüllen. In den 19. Jahrhundert — die mittelalterliche Verfassung Deutschlands, das in viele hunderte zerplitterte Splitterstaaten zerfallene Heilige Römische Reich Deutscher Nation mit seinen geistlichen und weltlichen Territorien und unmittelbaren Reichsdörfern umstoßen, als noch kein Anzeichen dafür zu finden war, daß das deutsche Volk von sich aus den Entschluß gefaßt hätte, diese veralteten und verrotteten politischen Zustände zu überwinden. Als dann das deutsche Volk im 20. Jahrhundert endlich den Schlüssel zum Frieden gefunden hatte, trat dieser Staat entgegen, da ließ es sich zuletzt dabei von einer Tendenz leiten, die bereits auch nicht mehr dem Jahrhundert gemäß war, die die deutsche Nation in der Verwirklichung ergriffenen Mittel eine ärgere Verdingung gegen den Geist der Zeit war.

Es ist müßig, mit den „nationalen“ Historikern von „verpassten Gelegenheiten“ zu sprechen und zu behaupten, daß ihre Weg das deutsche Volk nicht wie das englische, französische, russische und das der Vereinigten Staaten von Amerika den Weg zur Weltgeltung gefunden habe. Statt dieser Phrasen bedarf es des Muts zur Gewissensforschung, die einem Blick in einen dunklen, ungründbaren Schacht gleichkommt. Ein Sprichwort sagt: „Jede Nation hat die Staatsformen, die sie verdient.“

Durch die ganze abendländische Staatsgeschichte geht seit dem Spätmittelalter ein großer Grundzug, der den Aufbau der Nationalstaaten im Rand des Sacrum Imperium und der Territorialstaaten in

seinem Kern sammelte sich überall in der Hand des Souveräns ein staatliches Hoheitsrecht nach dem anderen und damit eine im Abendland bis dahin unbekannt Machtfläche. Indem die Völker erkannten, daß sie sich durch die Beherrschung ihrer Freiheit und Bedrohung ihres Schicksals mit der Konzentration der ganzen staatlichen Macht in der Hand eines einzelnen gegeben war, antizipierten sie den Einzelnen der Souveränität und erklärten sich selbst als ihren Träger. Durch die Teilung der Gewalt und parlamentarische Kontrolle organisierten sie die Verwaltung der staatlichen Macht so, daß damit der gefährliche Sprengstoff, den die autonomen Staatenwesen in der modernen Geschichte darstellen, so gut wie möglich behütet war. Auch in Deutschland wurde der erste Teil des geschilderten staatlichen Prozesses verwirklicht worden. Nur ist hier die Reaktion des Volkes darauf sehr lange ausgeblieben und auch später nie ganz durchschlagend erfolgt. Am Anfang der modernen demokratischen Entwicklung in Deutschland steht der Reichstreich vom Stein. Die erste Verfassung, die den Deutschen die große Garantie gegen die Unsicherheiten eines Staatswillens, der mit dem Willen eines Einzelnen identisch ist — hat der Hohenzoller Friedrich-Wilhelm III. dem preussischen Volk zu Beginn der Befreiungskriege als Lohn für die Kriegsanstrengungen versprochen — und dann nicht gegeben. Dagegen hat der Staat, in dem Goethe Minister war, als erster deutscher eine Verfassung erhalten, und Sachsen-Weimar sind dann alsbald unsere Heimatstaaten Baden und Württemberg darin nachgefolgt. Die Verwirklichung der demokratischen Gedanken endgültig auch in Deutschland gesiegt zu haben, als Reich und Länder in ihrer Gesamtheit sich Verfassungen gaben. Aber die ersten Verfassungen waren für jeden Einzelnen entsetzliche Schauspiel, daß 1833 das deutsche Volk seine geistige Entmündigung selbst beantragte, indem es auf die Kontrollen des Staatswillens verzichtete und so die Staatsmacht wieder zum schlecht behüteten Sprengstoff der Geschichte machte, der Wirkungen hervorbrachten, die wir nun kennen.

Dahinter haben das deutsche Volk 1945 und 1946 auf die Bahn der Demokratie geführt wie Napoleon 1803 und 1806 auf die Bahn des Nationalstaates. Und wie dieser erste Eingriff in das staatliche Leben unseres Volkes eine erfolgreiche Operation war, so scheint es auch mit dem zweiten zu

gehen. Die fremden Mächte haben verschiedene Faktoren, die bisher einer gesunden demokratischen Entwicklung hemmend im Wege standen, ohne Sensibilität des Hölzlerismus zwischen den Völkern erkannt, daß gewisse unerföhrliche Züge, die einmal als typisch deutsch galten, augenblicklich im Charakterbild unseres Volkes nicht feststellbar sind. Die Deutschen sind diesmal nicht von einem extrem in das andere gefallen: weder von der schärfsten Bindung in die Zügellosigkeit, noch vom Einparteiensystem in den Weiparteienstaat. Das staatliche Leben Deutschlands mit vier ins Gewicht fallenden Parteien hat eine auffallende Ähnlichkeit mit dem England; ja zum ersten Mal erscheint in Deutschland sogar die Möglichkeit des Zweiparteiensystems, geben, das sich in beiden angelsächsischen Staaten so lange und so außerordentlich bewährt hat. Die deutsche Demokratie ist nicht mehr bloß Idee, aber auch noch nicht feste Gestalt. Solange es eine Militärregierung gibt, ist die Demokratie nicht rein verwirklicht. Aber gerade jetzt, da die gefundenen demokratischen Formen trotz der Schwierigkeiten der äußeren Lage hoffnungsvoll sind als je, muß sich zeigen, daß auch die breiten Schichten des Volkes geehrt haben, wirklich politisch zu denken. Das Erreichte nicht an dem zu messen, was als der Idealfall erscheint, sondern an dem, was möglich war! Dazu erfordert es viel echten Wirklichkeitsinn und Selbstkontrolle. Dazu bedarf es der charakteristischen Größe, Tatsachen und Gegebenheiten anzuerkennen, auch wenn sie gegen einen sprechen. Die Verwirklichung der demokratischen Tugenden erfordert das stille Heldenstum, ein Leben hindurch die staatsbürgerlichen Pflichten still und gewissenhaft, ausdauernd und intelligent zu erfüllen aus der Freiheit des eigenen Entschlusses. In demokratischen Staatsleben bedeuten Rausch und Begeisterung und lautes emphatisches Wesen nichts; es steht vielmehr unter dem Gesetz von Hölderlins „der Primat der Außenpolitik“. Seit dem Kriegsende gilt unbedingt noch, da es keine deutsche Außenpolitik mehr gibt, daß die Außenpolitik des deutschen Volkes erst dann einsetzt, wenn die Bevölkerungskreise zum staatlichen Wiederaufbau Deutschlands, das sich ausdrückt im Gebrauch der Verfassungseinrichtungen. Wenn die Wahlberechtigung in Deutschland nicht geringer ist als in England, Frankreich, der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten, dann hat das deutsche Volk sein mündiges Anrecht vererbt auf Zentralorgane, die es wieder in den Kreis der Kulturvölker und in deren Schutz zu allmählichem neuen Gedeihen führen können.

Ein Jubiläum in Sicht

Seit es eine Welt gibt, sind jetzt schon ein paar mal neue Zeiten angebrochen. Sie kündigen sich neuerdings mit Fackelzügen an, schließen mit Atombomben ab und sind von einem starken Kohldampf begleitet. Für die zufällig gerade Lebenden ist das ein ziemlich aufregendes und ruhmloses Verfahren. Wer es überleben will, muß schon eine starke Konstitution und sehr viel Glück haben. Für Leute, die den Frieden und die Bequemlichkeit lieben, ist es bei den neuzeitlichen Sonnenaufgängen mit Pulver und Blei empfehlenswert, schon gestorben oder wenigstens noch nicht geboren zu sein. Wenn sich nämlich die Neuzeit mit all ihren Schikanen entfallen, wenn es schießt und kracht und die Hungerriemen kräftig angezogen wird, dann rufen ihre Verursacher fast von nichts anderem mehr als von der lieben, guten, alten Zeit. Viele bedauern dann auf tiefste, daß man die Restverwertungsparole „Aus Alt mach' Neu“ in bezug auf die Zeit nicht auch umgekehrt anwenden kann. Jeder Lebensmittelpostenbezieher wird nachempfinden, was er fühlt, wenn er sich an das Datum des ersten September 1939 erinnert, an dem die sieben mageren Jahre des Normalverbraucher mit Steghel und Kanonendonner glorreich haben. Nun schreiben wir die 97. Jubiläumssperre. Erlauben Sie mir darum ein paar passende Worte zu einer bevorstehenden Denkwürdigkeit.

Es geht jetzt in das achte Jahr, daß ich in der dreimal ver... Neuzeit als Normalverbraucher beim Ernährungsrat im Register mitlaufe. Diese vollstümliche Bezeichnung einer bestimmten Versorgungsgattung erwachsener Menschen verdammt wir den unübertrefflichen Rationierungskapazitäten der Ernährungsämter. Die Herren mögen noch recht lange gesund bleiben, was ich übrigens auch von mir hoffe. Es ist ein ziemlich erster Witz, daß niemand im Lande so abnorm ist, wie gerade der Normalverbraucher. In Bälde steht für die Kategorie der Abgemagerten das Jubiläum der 100. Periode bevor, das Fest der zusammengefallenen Bäume. Ich mache schon jetzt auf diesen Termin aufmerksam, damit sich die nicht hoch genug zu verehrenden Ernährungsämter bis dahin noch eine Jubiläumssonderzuteilung für die Normalverbraucher zusammenkratzen können. Der in Aussicht stehende Wiederholungserfolg der periodischen Fastenkur im Reichsmaßstab fällt bei den meisten Jubilären mit der Inanspruchnahme des letzten Lochs am Leibriemen zusammen. Ich bin jedenfalls schon völlig ausgelocht. Ach Gott, und was hatten wir alle einmal für Figuren — und heute? Schatten, Latzen, nichts als Latzen, brandmager, dürr und knochig, die reinen Gespenster. Daran ist nur der Kohldampf von 87 Perioden schuld, der bis zum heutigen Tage immer noch nicht anmeldepflichtig ist, wohl weil er sich von selbst versteht.

Jetzt habe ich hienieden eigentlich nur noch einen Ehrgeiz: Das Jubiläum noch zu erleben. Wie ich mich darauf freue! Insbesondere das Landesernährungsamt will ich bei der Gelegenheit hochleben lassen und alsdann ein Stoffgebett sprechen, daß Gott es erhalte, denn meinen Humor habe ich noch, nur die Kartoffeln sind mir inzwischen ausgegangen.

Karl Aberle.

Beschränkte Schalterstunden beim Wirtschaftsamte. Um die vorliegenden Anträge aus der Sonderaktion rasch bearbeiten zu können, ist es unbedingt erforderlich, daß unsere Abteilungen Spinnstoff, Leder, Haushaltartikel und Fahrradzubehöre bis zum 31. Januar 1947 geschlossen sind. Die Empfänger von Bezugsrechten werden durch Postkarten zur Abholung aufgefordert. (Siehe amtl. Bekanntmachungen.)

Die Karlsruher Geldinstitute geben bekannt, daß sie während der behördlich angeordneten Betriebsruhe ihre Schalter wie bisher geöffnet haben (siehe Amtliche Bekanntmachungen).

Sammlung und Verwertung von Altmaterial. Die Bevölkerung wird gebeten, um den dringenden Bedarf der Industrie und des Gewerbes für wichtige Programme (Milchkannen-Programm, Forst-Programm) durchführen zu können, dem Stadt. Wirtschaftsamte Karlsruhe, Industrie-Abteilung, sämtliche Lagerstellen von Leichtmetallschrott mitzuteilen mit Angabe des genauen Lagerorts und der ungefähren Menge. Gleichzeitig wird um die Meldung von Lagerplätzen von Aluminiumschrott sowie von Stellen gebeten, wo noch abgeschlossene Flugzeuge liegen.

Verbesserung der Durlacher Wasserversorgung. Um eine Verbesserung der Qualität des Durlacher Wassers zu erzielen, ist eine Behandlung des Quellwassers mit keimtötenden Mitteln notwendig. Der bisherige befallsmäßige

Zusatz mit Chlor erwies sich als unzulänglich, so daß die Erstellung von Trinkwasser-Reinigungsanlagen für die beiden elektrisch betriebenen Quellwasserpumpen erforderlich ist. Die Kosten für die Anlage einschließlich Montage werden auf 6000 RM veranschlagt.

Lehrlingszuweisung. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß sämtliche Anträge auf Lehrlingszuweisung in doppelter Ausfertigung (Erst- und Durchschrift) nicht beim Arbeitsamt, sondern in jedem Falle bei dem zuständigen Berufsorganisator vorzulegen sind. Demzufolge erhalten also Handwerksmeister ihren Antrag bei der zuständigen Handwerksinnung, Industrie- und Handelsbetriebe bei der Industrie- und Handelskammer ein usw. Die Handwerksinnungen geben den vorgelegten Antrag nach erfolgter Stellungnahme an die Kreislandwerkschaft weiter. Die Anträge sind getrennt nach Berufsarten auszufertigen. Dagegen braucht für die Beantragung mehrerer Lehrlinge in ein und derselben Berufsart nur jeweils ein Antragsformular verwendet zu werden. Ferner wird dringend gebeten, bei der Zuweisung eines Lehrlings durch das Arbeitsamt in jedem Falle, also auch bei Nichtstellung des Lehrlings, die Zuweisungskarte ausgefertigt und unterschrieben umgehend dem Arbeitsamt wieder zurückzugeben. Der Lehrvertrag kann nicht abgeschlossen werden, bevor die Zuweisungskarte dem Arbeitsamt nicht zurückgegeben wurde. Es wird darauf hingewiesen, daß bei jeder Vorsprache beim Arbeitsamt die Meldekarte mitzubringen ist.

Rechtliche Angelegenheiten. Der Ortsgruppe Karlsruhe der im März 1933 verbotenen Organisation ist nur gegründet worden. Die Geschäftsstelle befindet sich Karlsruhe, Hoffmann-Str. 2, Tel. 6516. Anmeldungen werden dort sowie von den Obleuten entgegengenommen.

Rechtliche Angelegenheiten. Zu unserer Notiz vom 9.1.1947 über die Berufung von verheirateten Ärztinnen in die Ärztekammer Baden: Die Ärztekammer Baden (US-Zone) hat in ihrer Niederlassungsordnung keine Paragrafen, die eine Berufung von verheirateten Ärztinnen in die Kammer im § 9 der Niederlassungsordnung wird sogar vermerkt, daß Ärztinnen, die infolge des Todes ihres Mannes oder aus anderen Gründen selbst für den Unterhalt ihrer Familie sorgen müssen, bevorzugt zugelassen sind. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß in Baden (US-Zone) ein Arztbund Nordwürttemberg/Baden nicht existiert.

Wer wird der neue Oberbürgermeister?

Was ist die Meinung der Karlsruher Bevölkerung — Die Schriftleitung bittet um Vorschläge

Unsere Heimatstadt Karlsruhe hat durch den Bombenkrieg einen großen Teil ihrer Fassade verloren. Sie unterscheidet sich dadurch in nichts von anderen zerstörten Großstädten Deutschlands. Sie ist nun im Lauf der letzten 1 1/2 Jahre von der Agonie zu neuem Leben erwacht, aber es ist noch kein Leben der Trächtigkeit und der Fülle und der aus der wohlgeordneten inneren Ordnung neu erworbenen Kraft zur Entfaltung, weil alles, was in der Quarantäne zwischen Unfreiheit und Freiheit auf dem Weg vom zusammengebrochenen Alten zu einem absolut Neuen sich befindet.

Die Verwaltung ist durch immense Anstrengungen neuer Männer wieder geordnet und in Gang gekommen. Nichts kommt von allein, erst recht nicht in unseren heutigen destruktiven Verhältnissen, und vom Funktionieren dieser vielgestaltigen und wie eine Hydra sich immer weiter ausbreitenden Verwaltung wird das Leben des Einzelnen stärker als je, im wirtschaftlichen vor allem, beeinflusst, gelenkt und geführt. Das ist kein gesunder Zustand, und wir streben aus diesem Zufälligen heraus zur Sicherheit auf längere Dauer, damit die Lebensangst aus dem Herzen wieder schwinde. Sie ist's, die so viel Platz einnimmt und anderes, Geistiges und Seelisches, aus ihren ursprünglichen Bezirken verdrängt.

Das Erliche hat sich den Bürgern unserer Stadt als Stempel aufgedrückt und jeder setzt sich mit der Gegenwart nach seiner Fassung auseinander. Die einen bauen nach wie vor an ihrer Scheinwelt, zu der sie die Bausteine aus der Vergangenheit herholen, ein unnützes und kraftverzehrendes Unterfangen, das an der Realität der Dinge scheitern muß. Die anderen ziehen sich in den Bunker des Pessimismus zurück und meinen, die Wendung zum Guten kommt allein und ohne eigenes Zutun, und die Dritten sind enttäuscht darüber, daß nach einer Periode des enthusiastischen Anfangs Rückschläge von außen kommen, die Hoffnung und Glaube in das Gegenteil verkehren. Dazwischen sind die, die die Dinge unter großen Mühen vorwärts bringen, weil

sie zukunftsgerichtet die Mission der Stunde erkannt haben und bereit sind, unter einer primitiven Lebensführung zum Neuen sich durchzurufen. Das sind alles Bürger einer Stadt, worunter wir auch die Frau rechnen, mehr Nebenmenschen als Mitmenschen, weil sie mehr nebeneinander gehen, mehr Abneigung als Zuneigung zum anderen im Herzen tragen, und doch sollte das Erste sein — über die Familie hinaus gesehen —, aus der Menschennge eine Stadt eine innerlich zusammenstehende Gemeinschaft zu gestalten, indem man sich — und das ist der Anfang dazu — für das, was in der Gemeinde vor sich geht, interessiert und geistig und politisch daran teilnimmt. Es kommt nicht nur auf diesen oder jenen, sondern es kommt auf alle an.

In den nächsten Tagen findet ein für die Stadt Karlsruhe äußerst bedeutsames Ereignis statt: **Die Wahl des Oberbürgermeisters.** Die Verantwortung für die Wahl des neuen Stadtoberhauptes liegt nach den Bestimmungen der badischen Gemeindeordnung bei den Stadträten. Ihnen hat das Volk von Karlsruhe am 26. Mai sein Vertrauen ausgesprochen. Das hindert aber nicht, daß die weitere Öffentlichkeit unserer Stadt sich mit dieser wichtigen Tatsache beschäftigt, im Gegenteil, wir halten es im Interesse einer größeren politischen Aktivität für dringend geboten, daß eine lebhaft Diskussion über diese Frage zustande kommt.

Gewiß ist der Stadtrat die beschließende Instanz, aber im Rahmen seiner Verwaltungsbefugnisse hat der Leiter einer großen Verwaltung genügend Unabhängigkeit und Spielraum, die Angelegenheiten des ihm anvertrauten Gemeinwesens mit Energie und Zielstrebigkeit voranzuführen, ohne daß er dabei vergißt, daß er zwar erster Bürger der Stadt, aber auch oberster Diener der Allgemeinheit ist und mit diesem Geiste die ganze Verwaltung bis zum kleinsten Angestellten herab bei allen Ämtern zu durchdringen hat. Neben den Kenntnissen der Karlsruher Lokalverhältnisse wird Mut und Initiative, erheblicher Opfersinn und Selbstlosigkeit, Fähigkeit und

überdurchschnittliche Schaffenskraft notwendig sein, um eine Stadt wie Karlsruhe in der heutigen Zeit aus einer Bebauungsstadt zur Industriestadt umzuformen, dabei weitgehend Unbelastetheit mit anderen Ämtern, da die in Karlsruhe sich bietende Aufgabe die Kräfte eines Mannes vollkommen in Anspruch nimmt.

Unbeschadet der Tatsache, daß der kommende Mann einer Partei zugehörig ist, wird eine besondere Eigenschaft zur Objektivität und Ueberparteilichkeit im Amte gegeben sein müssen. Der Leiter unserer Stadtverwaltung soll nicht Oberbürgermeister der Partei, sondern unser aller Oberbürgermeister sein. Das ist, abgesehen vom 3. Reich, gute Karlsruher Tradition. Wir sind im Aufbau der Demokratie und haben die Auffassung, daß gerade mit dieser so wichtigen Angelegenheit unseres Gemeinwesens sich nicht nur die Kleinen Parteigremien, sondern auch das Volk von ganz Karlsruhe beschäftigen sollte, nicht im Sinne einer politischen Mitbestimmung, sondern im Sinne der ihm zustehenden Meinungsäußerung. Es werden sowieso viel zu viel Angelegenheiten in allzu kleinen eigenbrötlerischen Konventikeln betrieben, ohne daß die Öffentlichkeit die Möglichkeit rechtzeitiger Stellungnahme dazu besitzt. Aus diesem Grunde halten wir es für durchaus angebracht, die interessierte Karlsruher Bürgerschaft zu bitten, uns den Namen des Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten zu nennen, den sie auf Grund einer objektiven Prüfung für geeignet hält, wobei alle Momente, die wir oben angeführt haben, in Erwägung zu ziehen wären.

Damit werden keineswegs die Gewichte der Verantwortung von der zuständigen Instanz, und das ist der Stadtrat, weggenommen, der ja auf Grund der Bestimmungen und seiner intimeren Kenntnis der Persönlichkeiten die letzte entscheidende Wahl zu treffen hat, aber es wird eines herbeigeführt, was in der Demokratie unerlässlich ist, nämlich die Erkundung der öffentlichen Meinung in einem für die ganze Bevölkerung so bedeutenden Punkte. Wer wirklich auf dem Boden der Demokratie steht, wird das Meinungsrecht unseres Volkes auch in diesem Punkte und in dieser Form voll und anerkennen müssen, unbeschadet der letztlich entscheidenden Bestimmung über den endgültigen Kandidaten, den niemand anders als der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen zu wählen haben wird.

Wir werden die bei uns eingegangenen Nominierungen in einem Querschnitt der Öffentlichkeit, sozusagen als Beilage zu den Wahlakten unterbreiten, wobei wir uns keiner Täuschung über so manche Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis vorkommen können, hingeben wollen.

W. B.

Besuch im „Schatzkeller“ des Karlsruher Polizeipräsidiums

Millionenwerte an Schieber- und Schwarzhandlung — Erfolgreicher Kampf der Kriminalpolizei gegen Schiebertum und Schwarzhandel

Der von uns gemeldete große Schlag der Karlsruher Kriminalpolizei gegen eine Bande von Rauschgiftschmugglern und Medikamentenschleppern beweist erneut, daß unsere Kriminalpolizei auf dem Damme ist, wo sie gilt, dem schlimmsten Zeitlief, dem Schiebertum und Schwarzhandel, den Garz aus zu machen. Nur die Schieber und Schwarzhändler, die täglich von den Streifen und Kontrollen der unter der Leitung eines erfahrenen und bewährten Spezialisten, Kriminalkommissars Höllein, arbeitenden Sonderabteilung der Kriminalpolizei gefaßt und festgesetzt werden, wissen ein Lied von der kräftig zupackenden und erfolgreichen Aktivität dieser Abteilung zu singen, während die Allgemeinheit bisher nicht allzuviel von diesem zähen Kampf der Polizei gegen Schiebertum und Schwarzhandel erfahren hat.

Die Polizeipräsidium (Ritterstraße) befindet sich die Zentrale, sozusagen der „Gesamtschatz“, für die im Kampf gegen Schieber und Schwarzhandel stehenden Beamten. Von hier aus wird dieser Kampf systematisch und planmäßig geführt. Hier sammelt sich auch das ganze beschlagnahmte Schieber- und Schwarzhandlung in einem eigenen Kellerraum an. Wie Märchensätze aus „1000 und einer Nacht“ muten diese in unserer heutigen Notzeit unwahrscheinlichen Dinge an, die hier sortiert und gestapelt bzw. von hier zur besseren Verwendung weitergeleitet werden. Der Wert der in diesem Keller aus Schieber- und Schwarzhandlung zusammengetragenen Reichtümer geht in die Millionen.

Einige Beispiele für viele:

Einer 60jährigen Frau wurde dieser Tage ein Handkoffer abgenommen, der hauptsächlich Schmuckgegenstände neben Fotoapparaten, Rauchwaren und sonstigen gewöhnlichen Gebrauchsartikeln enthielt. Der Gesamtwert des Kofferinhalts ist mit 200 000 Mark nicht zu hoch beziffert. Die festgenommene Frau wurde bis 4 Wochen lang beobachtet, bis die Kriminalpolizei sie auf frischer Tat erappte und zugriff.

Ein Schieber hat an einen Karlsruher Diplomingenieur mit großem Bankkonto folgenden Lebensmittel verkauft: 20 Pfund Bohnenkaffee für 7000 Mk., 4 Dosen Neskekaffee für 1000 Mark, 4 Zentner Mehl für 12 000 Mark, 1/2 Zentner Zucker für 7000 Mark, 10 Pfund Butter für 1800 Mark, 10 Pfund Margarine

für 1400 Mark, 30 Dosen Fleisch für 2100 Mark eine Dose Pulver für 500 Mark, 1 Dose Milchpulver für 200 Mark. Sowie insgesamt für 900 Mark 5000 Mark, amerikanische Zigaretten für 800 Mark. Ein Großteil der Ware konnte sichergestellt werden. Die übrigen wurden hinter Schloß und Riegel gebracht.

Bei einer Razzia im „Bunkerhotel“ (Dammert) in der Nacht vom Freitag auf Samstag wurden 2000 Mark, amerikanische Zigaretten für insgesamt 5000 Mark, amerikanische Zigaretten für 800 Mark, ein Großteil der Ware konnte sichergestellt werden. Die übrigen wurden hinter Schloß und Riegel gebracht.

Bei einer Razzia im „Bunkerhotel“ (Dammert) in der Nacht vom Freitag auf Samstag wurden 2000 Mark, amerikanische Zigaretten für insgesamt 5000 Mark, amerikanische Zigaretten für 800 Mark, ein Großteil der Ware konnte sichergestellt werden. Die übrigen wurden hinter Schloß und Riegel gebracht.

Bei einer Razzia im „Bunkerhotel“ (Dammert) in der Nacht vom Freitag auf Samstag wurden 2000 Mark, amerikanische Zigaretten für insgesamt 5000 Mark, amerikanische Zigaretten für 800 Mark, ein Großteil der Ware konnte sichergestellt werden. Die übrigen wurden hinter Schloß und Riegel gebracht.

sich in einem einbruchssicheren Schrank des Polizeipräsidiums.

Ein erhebliches Kontingent unter den Schiebern stellen die verschleppten Ausländer, die vielfach mit aus UNRRA-Lagern stammenden Lebensmitteln und Waren dunkle Geschäfte machen. Alle Waren und Lebensmittel amerikanischer Herkunft werden nach der Beschlagnahmung sofort der Militärregierung zur Verfügung gestellt, während die Lebensmittel und Waren deutscher Herkunft den Wirtschaftsämtern, Marktgemeinschaften usw. gegen Bezahlung des normalen Wertes zur Verteilung an die allgemeine Verbraucherschaft im Rahmen der Rationierung übergeben werden. Der Erlös fließt selbstverständlich der Staatskasse zu.

Die Frage, „Wo befindet sich eigentlich in Karlsruhe der Schwarzmarkt?“, ist berechtigt. In Karlsruhe gibt es nicht wie in anderen Großstädten, z. B. in München, bestimmte Plätze und Lokalitäten, wo der Schwarz- und Tauschhandel sozusagen in aller Öffentlichkeit betrieben wird. In Karlsruhe hat der Schwarzhandel keine feste Bleibe. Von den Streifen und Kontrollen unserer mit seiner Bekämpfung beauftragten Kriminalpolizei wird er gleichsam von Stadteil zu Stadteil gejagt, bis er mal hier, mal dort zur Strecke gebracht wird. Die Ausbeute solcher Treibjagden landet in dem geschilderten Keller des Polizeipräsidiums, während das erlegte „Wild“ bei „Vater Philipp“ Zeit und Muße erhält, über seinen bisherigen verfehlten Lebenswandel nachzudenken und sich auf eine entsprechende Bestrafung vorzubereiten.

L. A.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe

Unbeständig und mild. Vorhersage gültig bis Mittwochabend. Ueberwiegend stark bewölkt, nur kurzfristige Zwischenaufhellungen. Einzelne Regengellen. Temperaturen weitestgehend über dem Normalwert, nur nachts örtlich bis in die Nähe des Gefrierpunktes absinkend. Mäßige bis schwache südwestliche Winde.

Rheinwasserstände.

12. Jan.: Konstanz 252 (+2), Breisach 85 (-1), Straßburg 110 (-8), Maxau 312 (+2), Mannheim 156 (+9), Caub 96 (-20), 13. Jan. Konstanz unverändert, Breisach 240 (+15), Straßburg 225 (+11), Maxau 344 (+32), Mannheim 167 (+1), Caub 98 (+2).

Dienstaufnahme des 3. Bürgermeisters. Der vom Stadtrat gewählte Bürgermeister Dr. Ing. Hermann Ball hat seinen Dienst angetreten. Ihm sind folgende Dezernate unterstellt: Quartier- und Wohnungsamt, Amt für Flüchtlingswesen, Straßenverkehrsamt, Feuerwehr, Forstverwaltung, Schlacht- und Viehhof, Marktbüro und Friedhofverwaltung.

Dieb gefaßt. In der Person einer Büroangestellten konnte eine Einmissethäterin festgestellt werden, die in letzter Zeit in Karlsruhe ihr Unwesen getrieben hatte und der bisher drei Einmissethätler nachgewiesen werden konnten. — Bei einem nächtlichen Einbruch in die Werkstätte eines Schneidemeisters in der Kaiserstraße wurde eine größere Menge Kleiderstoffe, die von Kunden dort abgegeben waren, gestohlen.

Einbrüche. Durch nächtlichen Einbruch in eine Garage in der Amalienstraße wurden eine größere Anzahl Autoreifen gestohlen. Auch in der Roggenbachstraße wurde ein Einbruch verübt, bei dem amerikanische Bekleidungsstücke, Lebensmittelpakete und eine größere Menge Zigaretten entwendet wurden.

Verkehrsunfall. In Ruppurr stieß ein Lastwagen bei der Begegnung mit einem Personenzug zusammen, wobei dieser erheblich beschädigt wurde. Durch die Dampfvolken einer vorbeifahrenden Lokomotive war der Führer des Lastwagens in seiner Sicht behindert worden und hierbei zu weit auf die linke Fahrbahn geraten.

Die Berufsfeuerwehr gelangte zum Einsatz bei 1 Großbrand, 1 Mittelbrand und 13 Kleinbränden. Im Vormonat hatte die Feuerwehr 15 Kleinbrände zu löschen.

Vor einer Premiere

Morgens, 9.15 Uhr im Staatstheater. — Die Hoffnung, anstelle der beißenden Kälte draußen, wenigstens innerhalb des Hauses sich von einer anheimelnden Wärme umfassen zu lassen, erfüllt sich beim Betreten der noch verlassen Bühne. Eider nicht irgendwoher zieht es unangenehm, manchmal hat es sogar den Anschein, als ob es in dem nur leicht überschlagenen Raum von überall zieht. Zu den (wenigstens im Bühnenhaus) noch nicht ganz behobenen Kriegsschäden kommt der Brennstoffmangel. Unser Frösteln verstärkt sich noch bei dem Gedanken, daß hier stundenlang eine intensive Probenarbeit geleistet werden muß, dazu gerade jetzt vom Ballett, das nicht eben warm angezogen ist.

Es ist ansonsten nicht Usus, an diesem Platz (aus Gründen des Raumgangs) eine einge-

eine deutsche Uraufführung bevor. Also für Karlsruhe ein beinahe revolutionär anmutendes Programm! Für den Chronisten ist es jedenfalls erfreulich, festzustellen, daß anscheinend die Tanzbühne der erste Teil des Ensembles ist, der versucht, den Staub eines in den letzten Jahren stark im Konventionellen erstarrten Spielplans zu entfernen und fortzuschrittliches Theater zu spielen. Da dieses fortschrittliche Theater auch (vielleicht sogar auf Anhieb) vom Publikum goutiert wird, dafür bürgt der Leiter der Tanzgruppe, Alfredo Bortoluzzi, der inzwischen mit seiner Tanzgruppe bei der Arbeit ist. Es ist eine Freude zuzuschauen, wie dieser Mann einstudiert. Die Ruhe und Ueberlegenheit, die von ihm ausgehen in dem Wissen um das eigene Können, übertragen sich auf alle Mitglieder der Gruppe. Jede Anweisung und Andeutung wird sofort aufgenommen und verarbeitet. Dazu kommt noch die harmonische Gesamtstimmung, die wohl selten so wohlthuend bei einem Ensemble zu spüren ist. Für ihren „Meister“ geht die gesamte Truppe durchs Feuer. Wenn man noch weiß, daß das Ballett der am meisten beschäftigte Teil des Gesamtensembles ist, so ist der hier herrschende Idealismus gerade bei den momentan bestehenden Schwierigkeiten nicht

hoch genug zu werten. Ueber den Inhalt der choreographischen Ausdeutungen der einzelnen Stücke klärt uns Bortoluzzi liebenswürdig und eingehend auf. Wir selbst wollen nur soviel verraten, daß es etwas ganz Originelles ist, was er sich hier ausgedacht hat. Bortoluzzi setzt jedenfalls die Tradition der Edith Piaf-Feld und von V. Kralina, die immer wieder unterbrochen wurde, erfolgreich fort, wie es nur ein wirklicher Köhner vermag.

Aus einem anderen Proberaum hört man die erregenden Jazzrhythmen der „Rhapsody in Blue“, die gerade vom Orchester geprobt wird. Kaum sind sie verklungen, erscheint Generalmusikdirektor Matzerath auf der Bühne, um sich die Probe anzusehen, und nicht lange dauert es, bis der temperamentvolle Musiker den Ballettrepitor am Flügel ablöst, um selbst den Pianopart aus der Rhapsodie zu spielen, und

eigentlichen Ziele und ihr Wollen verwirklichen, nämlich abweichend vom Ueberlieferten das Bühnenbild auf das Notwendigste zu beschränken, um um so stärker das dramatische Geschehen wirken zu lassen. Also: genau so außergewöhnlich wie die Choreographie verspricht auch das Bühnenbild zu werden. Andeutungen mögen hier genügen. Für die Rhapsodie: die

Das neue Europa und die deutsche Frau

Auf Einladung der Karlsruher Frauengruppe sprach Dr. Gertrud Bäumer im überfüllten Redtenbacher-Hörsaal über dieses interessante Thema. Nach der Zeit der römischen Weltreiche gab es schon eine Einheit der europäischen Völker, welche auf den damals führenden geistigen Mächten, der römischen Antike und dem Christentum, fußte. Berühend auf diesen geistigen Einheitsfaktoren stützten sich auch die europäischen Völker als ein Ganzes. Aber diese gleiche Geistigkeit führte auch zu der gleichen Gestaltungskraft und jenen Energien, durch welche die einzelnen europäischen Staaten ihre eigene Welt aufbauen wollten. Daraus entstanden die Konflikte, dadurch fiel die Einheit auseinander und brachte schließlich die Zerstörung, welche im 30jährigen Krieg ihren krassensten und bedauerlichsten Ausdruck fand. Es ist der Jüngling gewesen, den man einmal einen Imperator des Geistes genannt hat, nämlich Novalis, der zum erstenmal jene Klage ausgesprochen hat: „Immer neue Ströme des Blutes werden in ewigem Kreislauf über Europa fließen wenn die Völker sich nicht einmal entschließen, über den zaudernden Trümmern sich zu einer Feier des Friedens zusammen zu finden.“ Dieser Wahnsinn des ewigen Kreislaufes hat sich seltener gesteigert durch die Brutalität der Zerstörungsmittel. Die Diktatur des Kriegsmittels zerrückerte alle Güter, um die eigentlich der Kampf ging, so daß auch die Sieger im wesentlichen um ihre Beute betrogen wurden. Daraus ergibt sich die Forderung, daß die Menschheit der Gegenwart sich klar werden muß über die absolute Zwecklosigkeit und Sinnwidrigkeit des Krieges. Es wird überwinden Sache der Frauen sein, das wahninnige Blutvergießen in der Zukunft dadurch zu verhindern, daß positive Werte zur Vorkerrschaft gebracht werden. Dr. Gertrud Bäumer drückte dies aus in den Worten der delphischen Priesterin: „Wir sind die Hüterinnen. Wachen ist unser Auftrag. Die Tat ist des Mannes, doch wiegt sie gering vor dem großen Erbarmen.“

Weiter führte die Rednerin aus: Wie unser Weg durch die künftige Geschichte sein wird, wissen wir nicht; aber wir fühlen, daß unter dem Wirrwarr der Zustände, in denen wir leben, sich eine neue, tiefere Einsicht in den neuen Willen regt. Es sind ewige unvergängliche Kräfte, aus denen einmal das Reich geboren wurde, das eine feste Ordnung des europäischen Raumes war. Wir glauben, daß diese Kräfte nicht verloren gehen, daß sie uns wieder zuteil werden in dem Maße, in dem wir uns ihnen öffnen. Lassen Sie uns den Ruf der Stimme von ferne der Stimmen der Geister der Vergangenheit hören. Die Stimmen der Meister deutschen Seins aus der Fülle unserer Geschichte, diesem großen Ruf Goethes immer wieder zuzurufen: „Wir haben Euch hoffen.“

Ng.



Aus „Die Hexe“ (Kirmes von Delft)



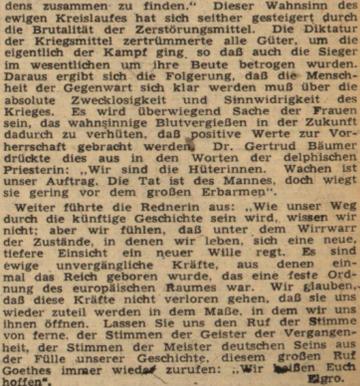
Aus „On stage“



Walter Born spielt „Rhapsodie“



Otto Matzerath am „Pult“



Boticelli'sche Venus auf der Muschel im Hintergrund ein Wolkenkratzer — „Kirmes“ in Breughel'scher Art in rot und grau — „On stage“: Renaissancestil mit bevorzugter Silhouettenwirkung. Auf unsere Frage nach eventuellen gewagten (für die Karlsruher!) Kostümen meinte Fr. Karrer lächelnd, daß sie diesmal ganz dem Geschmack des Publikums nachgegeben habe, nachdem ja gewisse Kostüme in der „Mariza“ anscheinend das „moralische“ Gefühl einzelner Zuschauer verletzt.

